

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschuhkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Bestell-
geld), bei Zustellung unter Kreuzband M. 2,10

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr.
Vereins-Anzeigen werden mit 30% für die drei-
gehaltene Zeitseite oder deren Raum berechnet

Der Arbeitsmarkt nach dem Kriege.

I.
Die Erfahrungen der vergangenen Kriegszeit haben uns gelehrt, wie schwer es ist, das wirtschaftliche Leben eines Volkes in neue Bahnen zu lenken. Trotz der überzeugenden Anpassungsfähigkeit, die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung schlummerte, lärmten sich doch zahlreiche Schwierigkeiten auf, als es galt, die bisherige auf den Frieden und den Weltmarkt zugeschnittene Wirtschaftswelt in die sich notwendig machende Kriegswirtschaft überzutreten. Noch heute sind diese Schwierigkeiten nicht beendet und nach wie vor erfordert es die größten Anstrengungen, um jene Wirtschaftsleben durch die schwere Kriegswirtschaft hindurchzuführen. Aber eben noch diese Aufgabe gelöst worden ist, richten sich unsere Blicke bereits in die Zukunft, und es wird offensichtlich die Frage erörtert, wie sich unser wirtschaftliches Leben nach dem Kriege gestalten könnte, und was geschehen muss, um die Kriegswirtschaft wieder in die fünfjährige Friedenswirtschaft überzuleiten. Dass diese Aufgabe mindestens ebenso schwierig sein wird wie die Überleitung von der Friedens- in die Kriegswirtschaft, wird wohl von seiner Seite bestreiten, und darum dürfte es interessant sein, einmal einen Ausblick in die hoffentlich sehr nahe Zukunft zu tun und auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes die Gestaltung der Dinge ins Auge zu fassen.

Wie sich unser wirtschaftliches Leben nach Friedensschluß entwideln wird, lässt sich natürlich nicht voraus sagen, es lassen sich nur mehr oder minder begründete Vermutungen aussprechen. Gelläufigkeit gewinnt die Meinungen in dieser Beziehung weit ausseiner. Während die einen die überzeugendsten Hoffnungen hegen und von einer nach dem Kriege einsetzenden Hochkonjunktur schwärmen, malen die anderen schwanz in schwarz und schildern unsere wirtschaftliche Zukunft in den düstersten Farben. Man wird wohl das Richtige treffen, wenn man annimmt, dass wir neben einer günstigen Lage in verschiedenen Erwerbszweigen in andern Erwerbszweigen ungünstige Verhältnisse haben werden. Alle die Industrien, die mittelbar oder unmittelbar für den Krieg gearbeitet haben, werden lahmgelassen und müssen sich erst allmählich wieder in den neuen Zustand hinzufinden. Unterdrückt werden die Aussichts nach dem Auslande arbeitenden Industriellen wieder belebt werden, wenn sich auch infolge des mangelnden Rohstoffmangels der Aufschwung erst sehr langsam vollziehen kann. Danach wird manche neuemacht werden müssen, was der Krieg zerstört oder gänzlich vernichtet hat. Es ist also zu hoffen, dass nach Friedensschluß die günstigen und ungünstigen wirtschaftlichen Möglichkeiten sich die Wage halten.

Selbstverständlich werden die Verhältnisse auf dem deutschen Arbeitsmarkt durch die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse sehr beeinflusst werden. Eine gute Konjunktur wird die Nachfrage nach Arbeitskräften steigern und dadurch auch auf die Lohnhöhe und die Einkommensverhältnisse der Arbeiterschaft günstig einwirken, während eine schlechte Konjunktur das Gegenteil bewirken wird. Erreichend für die Versorgung der Menschen mit Arbeitsgelegenheit ist der Umstand, dass nach Beendigung des Krieges viele Hunderttausende von Arbeitern den bauenden Platz ausziehen und ins wirtschaftliche Leben zurückkehren. Dieser Aufstrom wird eine Überfüllung des Arbeitsmarktes zur Folge haben und es wird zunächst viele Mühe kosten, um alle die Arbeitslosen unterzubringen. Glücklicherweise — natürlich vom Gesichtspunkte der Volkswirtschaft aus — wird dieser Zustrom dadurch etwas verlangsamt werden, dass auch nach Friedensschluß noch zahlreiche Arbeiter als Verabschiedungen nach Verwendung finden werden, was ihnen persönlich wohl sehr unangenehm sein, aber zur allmählichen Befriedung des Arbeitsmarktes beitragen wird. Außerdem ist auch der Umstand zu berücksichtigen, dass eine große Anzahl unserer Arbeitsbrüder nicht wieder lebten, weil sie ihr Leben haben opfern müssen, und das

auch viele andere infolge ihres Gesundheitszustandes einstehen, wie zu hoffen ist, dass Arbeitsmarkt nicht allzu ungünstig gestalten, vielleicht von den weiblichen Personen abgesehen, die schon heute während des Krieges unter einem Überangebot von Arbeitskräften zu leiden haben. Sollte aber wider Erwarten die Arbeitsgelegenheit für die heimkehrenden Krieger ungewöhnlich knapp werden, so wäre die Beschaffung von Arbeit durch Staat, Gemeinden und private Organisationen, wenn nötig auch die Veranlassung umfassender Notstandsarbeiten, eine unabsehbare Pflicht, wonit eine durchgreifende Arbeitslosenunterstützung Hand in Hand gehen muss. Es darf unter keinen Umständen der falsche Weg eingeschlagen werden, dass man die heimkehrenden Soldaten ins Privatleben entlässt und sich nicht weiter um sie kümmert. Nicht nur die Pflicht der Danckbarkeit erfordert es, sondern es liegt auch im volkswirtschaftlichen Interesse, dass ihnen die Rückkehr ins Wirtschaftsleben nach Möglichkeit erleichtert wird. Hierzu ist der zeitgemäße Aufbau der Arbeitsvermittlung vor allen Dingen nötig. Schon seit Jahrzehnten bejächtigen sich die freien Gewerkschaften theoretisch und praktisch mit der Arbeitsnachweisfrage, ohne dass es bisher gelungen wäre, eine allseitig befriedigende Lösung herbeizuführen. Nach dem Kriege wird diese Frage erst recht brennend werden und deshalb ist es als ein günstiges Zeichen zu deuten, dass die Organisierung der Arbeitsvermittlung in Deutschland während der letzten Monate unfehlbare Fortschritte gemacht hat. Es ist eine Reichsgesetz für Arbeitsnachweis ins Leben gerufen worden, der „Arbeitsmarktausgleich“ erscheint zweimal wöchentlich und alle nichtgewerbsmäßigen Nachfrage sind zur fortlaufenden Berichterstattung verpflichtet, endlich sind in den einzelnen Kreisen Ausstellungstellen geschaffen, um das Zusammensetzen der verschiedenen Arbeitsnachweise zu ermöglichen.

Zwischen den Gewerkschaften und verschiedenen anderen sozialen Organisationen haben in dieser Frage Vereinigungen stattgefunden, die sich zu Leitfäden für eine gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises verpflichtet haben. Diese Leitfäden haben bereits Reichstag und Bundesrat bestätigt und man darf wohl hoffen, wenn auch noch zahlreiche Widerstände bei den „möglichen“ Stellen zu überwinden sind, dass sie im Laufe der Zeit Gesetzeskraft erlangen werden. Die Organisation der Arbeitsvermittlung ist folgendermaßen gedacht: Es sind in jeder Gemeinde Arbeitsämter als Träger des Arbeitsnachweises zu gründen, die sind zu Landesarbeitsämtern zusammenzufassen mit einem Reichsarbeitsamt als Spitze. In den einzelnen Bezirken sollen öffentliche Arbeitsnachweise gegründet werden, denen nach Bedarf Facharbeitsnachweise anggliedert sind. Diese Nachweise unterscheiden der Rücksicht durch die Arbeitsämter. Arbeitsämter und Arbeitsnachweise sind zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeiter und der Arbeitgeber zu bilden, damit ihre Unparteilichkeit gewahrt wird. Die Vermittler in den Facharbeitsnachweisen sollen dem betreffenden Berufe angehören.

Diese Vorschläge bezeichnen ohne Zweifel einen gangbaren Weg zur Regelung der Arbeitsvermittlung. Würde die Geschiebung diesen Weg einräumen, so könnte das unserer Volkswirtschaft nur zum Vorteil gereichen.

Besteht im Baugewerbe ein Lehrlingsmangel?

Die Anlodung von Lehrlingen beweist eine Flugschrift, die hierfür vom Innungsverband deutscher Bauernmeister herausgegeben worden ist. Der Titel der Flugschrift lautet: „Für Frage der Berufswahl;“ der Untertitel: „Welche Ausichten bietet die Erlernung des Bauhandwerks?“ Im ersten Teil dieser Werbeschrift wird nachgewiesen ver sucht, dass der gelehrte Arbeiter dem ungeliebten Werk voraus sei, weshalb der schulklas sene Jüngling durch die Erlernung eines Berufs „den Grund zu einer gesicherten Zukunft legen solle.“ Der zweite Teil beantwortet die Frage, welche Beruf der Jüngling erlernen soll. Die Antwort geht natürlich dahin, dass sich dazu vor allem die Bauberufe, ganz besonders die Handwerke des Maurers und Zimmerers eignen. Es wird behauptet, das Handwerk könne heute noch, wie seit Jahrhunderten, den goldenen Boden des gesicherten Auskommens durchaus bieten“. Die Berufe des Maurers und des Zimmerers mit ihren Unterabteilungen werden als „anziehendsten Berufslagen“ bezeichnet, die überhaupt im Handwerk gebacht werden könnten. Diese Behauptung wird so begründet:

„Im wohltuenden Gegen Satz zu zahlreichen gewerblichen Tätigkeiten, in denen schon die Maschine herrscht und wo der Arbeiter durch deren sich immer gleichbleibende und darum geistesfördernde Bedienung im gemischt Sinne selbst zu einem Mechanismus, zu einer Maschine wird, bieten die Maurer- und Zimmerhandwerke eine Fülle von täglich neuen Anregungen, die jeden eingemäht auf dem Bau- und Werkplatz zu einem selbständigen schöpferischen Glücks an dem Gesamtwerk machen. Mit beschwingtem Schritt und mit Freude kann daher jeder Maurer oder Zimmerer seinen Hinter Arbeit betrachten. Diese Freude wird auch immer von neuem lebendig, wenn ihn in späteren Jahren der Weg an dem Bauwerk, an dem er einst schaffte und wo er dort seinen Pfleger mauerte oder jenen Turm umrundet hat, wieder einmal vorüberführt. Und wie schon ist überhaupt der Gedanke, daran mitzuwirken, seinen Wohlgenoßen und sich selbst die Heimstätten und auch diejenigen Städten zu erbauen, in denen das Land und die Städte verwaltet oder in denen Bildung gepfendet oder religiöse Erbauung den Menschen bereitet wird!“

Neben dieser idealen Seite wird als anziehend die Laienfrage hergehoben, dass die Tätigkeit des Maurers und des Zimmerers meistens in Gottes freier Natur ausübt werde. Der Bauherren sei darum als ein gesunder Beruf anzusehen. Und schließlich wird behauptet, dass die Angehörigen des Bauhandwerks zu den bestgelösten Arbeitersgruppen gehören. Auch verzicht der Verfasser nicht, herzugeben, dass ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse seit einer Reihe von Jahren neuerlich überall durch feste Lohntarife, an deren Errichtung und Durchführung auch die Vertretungen der Arbeitnehmer mitwirken, geregelt sind.“ Sei hier noch schon jeder Geselle auf einen Lohn gestellt, der ihm und seiner Familie ein gesichertes Auskommen gewährleiste, so gewähre die für jeden Täglichen nicht schwer zu erbringende Möglichkeit, sich weiter als Vor geselle, Gesellenführer, Polier und dergleichen em plozieren, noch wesentlich günstigere Aussichten. Ein hochentwickeltes technisches Fachschulwesen sorge zudem für einen weiteren geistigen und sozialen Aufstieg der Bauleute und erhöhe die Aussicht auf gut bezahlte Techniker und Architektenstellen im Staats- und Privatdienst. Es könne sich also jeder, der sich dem Bauhandwerk widme, zur vollen Geltung bringen und bei georigem Fleiß nicht nur zu leitenden Stellungen in den Baubetrieben gelangen, sondern schließlich auch selbständiger Betriebsinhaber werden und nach Ablegung der Meisterprüfung das Handwerk als selbständiger Maurer- oder Zimmermeister ausüben. Zum Schluss wird noch behauptet:

„Das Baugewerbe gewährt zu allen Zeiten seinen Handwerksgehilfen anstrechende, auf bezahlte Verdienstigung,



Schwankungen örtlicher Natur gleichen sich leicht über das ganze Reich aus. Die Bedürfnisse deren Erfüllung es zu dienen hat, treten überall auf. Alle wirtschaftliche Entwicklung hat auch die Entwicklung des Baugewerbes zur Folge. Somit kann die Erleichterung des Bauhandwerks unter diesen Gesichtspunkte als ausreichend empfohlen werden."

Unsere Kollegen werden sich beim Lesen dieser Bilate eines heiteren Lächelns oder auch — je nach Veranlassung — eines Lachens nicht entziehen können. Sie werden finden, daß dies — selbst für eine Werbeschrift — des Guten doch etwas allzuviel sei. Dieser Meinung sind auch wir. Schon wir uns die einzelnen Behauptungen etwas näher an. Über den „goldenen Oden“, den das Bauhandwerk den Gelehrten heute noch bieten soll, brauchen wir kein Wort zu verlieren. Die Unrichtigkeit dieser Behauptung ist so offenbar, daß ich ein Gingeher darauf erübrigte darüber, ob die Baubürofe eine „angiehende Bevölkerung“ sind, denn man sehr verschiedener Meinung sein. Wenn unsere Kollegen bei Sturm und Regen oder bei Frost und Schnee durchnäht oder durchzogen die Kelle schwingen, wenn ihnen an den Händen die Haut aufspringt und an den Fingern tiefe Schanden und Risse entstehen, so werden sie sich wohl manchmal noch einer weniger „anziehenden“ Betätigung schenken, besonders dann, wenn den ganzen Tag ein Antreiber hinter ihnen steht und ihre Arbeitskraft bis zum äußersten auszupressen sucht. Bei dieser leider immer mehr üblich werdenden Arbeitsweise hört auch die Freude auf, die sonst der Gelehrte an seiner Arbeit noch haben konnte. Und wie steht mit der Gesundheit der Baubürofe? Darüber mögen einige Bahnen Auskunft geben! Im Jahre 1910 wurde vom Kaiserlichen Statistischen Amt ein vierblättriges Werk über die „Arbeits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Leipziger Ortschaften“ herausgegeben. Nach diesem Werk lamen auf je 1000 Versicherungs-pflichtige männliche Personen folgende

	Krankheitss.	Krankheit-	Todesfälle
Jahr	fälle	tag	jahr
In Durchschnitt aller Berufe	396	8.549	7,65
In den Bauberufen	497	10.455	7,68

Diese amtlichen Zahlen sind jedenfalls kein Beweis dafür, daß an den Baubürofe als besonders gefund anzuwenden sind! — Was an der Behauptung wahr ist, jeder Gelehrte sei auf einen Wohnsitz gestellt, der ihm und seiner Familie ein gesichertes Auskommen gewährleiste, das nochzuprüfen haben ja unsere Kollegen ganz besonders in der jetzigen Zeit Gelegenheit. Aber auch in normalen Zeiten merken leider die Leute vom Bau von dem angeblich „gesicherten Auskommen“ sehr wenig. Der Innungsverband deutscher Baugewerbelehrer verzögert hier zu sagen, daß der deutsche Baubarbeiter von den 365 Tagen im Jahr durchschnittlich gänztagsfalls 239 Tage arbeiten kann und daß dadurch sein angeblich hoher Lohn nicht auch ein ebenso hohes Einkommen bedeutet. Was in der Flugschrift weiter über die günstigen Aussichten, über den Aufstieg der Baubarbeiter in gut bezahlte Techniker- und Architektenstellen usw. gesagt wird, können wir wieder überprüfen. Hier führt ja der Wind mit dem Kärtchen, daß alle diese Vorhersagungen nichts als Assoziationen seien, um möglichst viele junge Leute den Baubürofe zu führen. Dagegen wäre schließlich auch nicht viel einzutun, wenn es im Baugewerbe wirklich an beruflichem Nachwuchs fehlte. Es ließe dann nur noch zu rügen, daß den jungen Leuten Versprechungen gemacht und daß bei ihnen Hoffnungen erweckt werden, die später zu bitteren Enttäuschungen führen müssen.

Aber befiehlt denn im Baugewerbe ein so großer Bedarf an jungen Arbeitskräften, daß er die Anwerbung mit solchen Mitteln rechtfertigt? Ganz im Gegenteil! Das Baugewerbe war vor dem Kriege derart mit (gelernten und ungelerten) Arbeitskräften überfüllt, daß wohl in keinem andern Beruf eine so große Arbeitslosigkeit herrschte wie im Baugewerbe. Dieser Mangelstand war so fühlbar, daß wir uns im Frühjahr 1914 gezwungen waren, ausdrücklich vor dem weiteren Zustrom junger Leute zum Baugewerbe zu warnen. Daß wir dazu allen Grund hatten, das beweit die folgende Auflistung über die Arbeitslosigkeit im Jahre 1912 (nach dem „Reichsarbeitsblatt“ und der Statistik unseres Verbands). Es waren von 100 Mitgliedern der Fachverbände arbeitslos im

April Mai Juni Juli August Sept.
Allg. Reichsdurchschnitt 1,7 1,9 1,7 1,8 1,7 1,5
Im Baugewerbe... 6,0 5,1 4,7 4,5 6,3 5,8

Das sind die Zahlen der Sommermonate, wo das Baugewerbe in beschr. Tätigkeit war. Viel schlimmer sieht es in den andern sechs Monaten des Jahres aus. Es waren arbeitslos im Januar Febr. März Oktober Novbr. Dez.

Allg. Reichsdurchschnitt 2,9 2,6 1,6 1,7 1,8 2,8
Im Baugewerbe... 44,0 25,7 8,3 7,5 10,9 15,8

Das Jahr 1912 war für das Baugewerbe nicht etwa ein Jahr der Krise, sondern ein solches der guten Konjunktur. Wenn trotzdem die Arbeitslosigkeit so weit über

den allgemeinen Reichsdurchschnitt hinausging, so kann man sich einen Begriff von der Überfüllung des Bau-berufs machen. Als Gründe für diese Überfüllung führen wir damals an: „Die scheinbar hohen Löhne haben im letzten Jahrzehnt viel zu viel Lente zum Baugewerbe hingezogen. Dazu kam die Revolutionierung dieses Gewerbes durch bedeutende technische Umwälzungen. Das Aufkommen des Beton- und Eisenbetonbaus machte zahlreiche gelehrte Arbeitskräfte überflüssig und zwang sie, ihren gewerben Beruf aufzugeben und sich anderer Arbeit zu widmen. Die Stuttgarter lebten unter der Einschau und Schnellförderung des größten Teils der Wohnungsbauten und Geschäftshäuser. Studiarbeiten, die früher allgemein Mode waren, werden immer seltener. Auch die außerordentliche Steigerung der Arbeitsleistung hat in allen Baubürofeen viele Arbeitskräfte überflüssig gemacht. Die von den Arbeitsverbindungen errungenen Verkürzung der Arbeitszeit konnte den entstehenden Überfluss an Arbeitern nicht ausgleichen. So ergab sich nach und nach die schlimme Tatsache, daß selbst bei geringer Konjunktur immer eine unverhältnismäßig große Anzahl von baugewerblichen Arbeitern aller Branchen arbeitslos war.“

Es ist also gar keine Rache davon, daß das Baugewerbe seinen Handwerksgehilfen zu allen Zeiten ausreichend, gutbezahlt beschäftigt gewohnt oder gewohnt kann und daß sich Schwankungen örtlicher Natur leicht über das ganze Reich ausgleichen. Von einem Ausgleich zu sprechen hat übrigens der Innungsverband deutscher Baugewerbelehrer um so weniger ein Recht, als die Unternehmerorganisationen alles aufsetzen, um eine wirkungsvolle partizipative Arbeitsvermittlung im ganzen Reich — die die baulichen Schwierungen wenigstens zum Teil ausgleichen könnte — zu verhindern. Schließlich sei auch noch daran erinnert, daß die Löhne für die baugewerblichen Lehrlingen heute im allgemeinen noch auf den gleichen Höhe stehen, auf der sie vor zwanzig Jahren gefunden haben. Das ist ebenfalls ein Beweis dafür, daß ein Mangel an baugewerblichen Lehrlingen bis jetzt nicht bestanden hat. Es ist Aufgabe unserer Kollegen, in ihren Zweigvereinen Aufklärung darüber zu verbreiten, wie die Verhältnisse im Baugewerbe in Wirklichkeit sind. Geschicht das nicht, dann werden nicht jene jungen Leute, die das Berufsbuch des Innungsverbandes für bare Münze nehmen, unter Umständen später bitter enttäuscht sein, sondern es wird auch, wenn der Zustrom zum Baugewerbe nicht in mäßigen Grenzen bleibt, die Gesamtheit der Gelehrten unter der weiteren Überfüllung des Baugewerbes schwer zu leiden haben.

Borratswirtschaft — eine Zukunftsforderung.

I. (Nachdruck verboten.)

Unsere Gegenwart steht unter dem Zwang der kriegerischen Ereignisse. Alles, was geschieht, hat irgendwelche Zusammenhang mit dem Kriege, der mit fortwährender Dauer immer stärker auf allen Gebieten und in allen Verhältnissen führt wird und dessen Wirkungen unsere Lebensgewohnheiten und Einrichtungen zu einem starken Grade umgestaltet haben. Für unsere innere Entwicklung ist der Krieg in jeder Beziehung ein gewaltsamer Eingriff, der vielfach einen nahezu völligen Stillstand zeitigte, und hier sind wir, wo es sich um Weiterentwicklung und Zukunftsfragen handelt, im Abwarten auf den Abschluß des Krieges angekommen, der ja schließlich einmal kommen muß. Die gegenwärtigen Aufgaben dieses gewaltigen Krieges sind so vielseitig und so zwängend und neigen alle Kräfte des deutschen Volkes so aussichtsreich in Anspruch, daß wir an Zukunftiges jetzt kaum zu denken Zeit haben, viel weniger auf irgendeinem Gebiet mit der Lösung von Zukunftsaufgaben beginnen oder irgendwelche praktische Reformarbeit in Angriff nehmen können. Über die Lehren und die Folgerungen des Krieges geben uns eine Fülle von neuen Aufgaben auf, deren Lösung begonnen werden muß, sobald eine feste Grundlage für die neue deutsche Zukunftsentwicklung geschaffen ist.

Als eine der dringendsten Zukunftsaufgaben hat sich aus den Lehren des jetzigen Krieges die Notwendigkeit einer Reform unserer Ernährungswirtschaft ergeben. Demnemnach ist es jetzt auch nicht eine eigentlichen Mangel an Lebensmittelmarken, sondern die Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt durch die Einwirkung des Krieges doch in so ungünstiger Weise beeinflußt worden, daß hier vor allem auf Besserungen Bedacht genommen werden muß.

Stärker als je zuvor ist im Verlaufe des Krieges der Interessengegensatz zwischen Konsum und Produktion zum Schaden des ersten zugute getreten und das Bedürfnis nach der objektiven staatlichen Kontrolle, die gegenüber den Produzenten und Händlern reichen und das Recht des Konsuments schützen, hat sich in zweifacher Weise fühlbar gemacht. Es ist immerhin bezeichnend für die Wehrkraftsfrage auf dem Wirtschaftsmarkt, daß die Behörden eine ganze Reihe von Zwangsmaßnahmen ins Werk setzen müssten, um einer ungerechtfertigten Wareneinverleirung Einhalt zu gebieten. Das wäre freilich auch schon vor dem Kriege militärisch notwendig

gewesen, und ganz allgemein ist zu wünschen, daß die Erfahrungen des jetzigen Krieges zur Errichtung einer dauernden, auch nach dem Kriege weiterbestehenden öffentlichen Preisüberwachung führen. Momentan an der Ernährungswirtschaft, die ja die Grundlage der ganzen Volkswirtschaft bildet, hat der Staat ein dringendes staatspolitisches Interesse, so daß die Überwachung dieser Entwicklung auch da, wo es sich um das Verhältnis zwischen Verkäufer und Käufer handelt, eigentlich eine staatswirtschaftliche Selbstverständlichkeit sein sollte. Es hat sich jetzt im Kriege noch deutlicher als je zuvor erwiesen, daß der persönliche Erwerbszins einer Kontrolle bedarf, die Wohl der Allgemeinheit ist im Auge behält. Wenn unter dem Zwange der Verhältnisse jetzt mit dem Einvernehmen der Staatsbehörden kommunale Preisüberwachungseinrichtungen eingerichtet werden, so ist dringend zu wünschen, daß diese Einrichtungen auch nach dem Kriege weiterbestehen und ausgebaut werden. Denn wenn der Krieg vielleicht als Vorwand für die Verkürzung der Lebensmittel und sonstigen Waren benutzt wurde, so wird man keineswegs genötigt, die einmal in die Höhe getriebenen Preise nach dem Kriege wieder sinken zu lassen, auch dann nicht, wenn die wirtschaftlichen und abendländischen Ursachen der Steuerung nicht mehr bestehen. Eine stärkere Betonung der staatlichen Macht in bezug auf die Preisbildung ist also für die Zukunft auf alle Fälle zu wünschen.

Aber darüber hinaus tut sich noch eine andere Frage von größerer volkswirtschaftlicher und staatspolitischer Tragweite auf. Es hat sich erwiesen, daß wir auf wirtschaftlichem Wege nicht in dem Grade auf einen Krieg vorbereitet waren wie in militärischer Beziehung. Der gigantische Apparat unserer militärischen Mobilisierung erschien verloren und mit vorbildlicher Präzision seinen vorbestimmten Zweck. Ein ganz erheblicher Anteil hieran hatte das Eisenbahnwesen, wie einstiger Mechanismus sich mit bewundernswertem Sicherheit auf den Kriegszustand einstellte. Die wirtschaftliche Mobilisierung, aber fiel auf vielfache Hemmnisse und ließ auf vielen Gebieten den Mangel an Dispositionen, System und vorbereitender Arbeit erkennen. Gewiß ist die Organisationsfähigkeit im deutschen Volk stark ausgebildet und es ist im Verlauf des Krieges durch Organisation weitestgehend geschafft worden.

Zum wirtschaftlichen Leben haben sich, insbesondere auf technischem Gebiete, wahrhaft großartige Umwandlungen vollzogen, die nur mit den Mitteln einer schon vorhandenen und durchgebildeten Organisation bewerkstelligt werden konnten. Wer die treibenden Kräfte dieser Umwandlungen waren doch erst die zwingenden Notwendigkeiten und Anforderungen des fortwährenden Krieges, während unter wirtschaftlichem Leben vor Allem der Kampf nicht auf den Krieg und insbesondere nicht auf einen Krieg von solcher Schwere und Tragweite eingestellt war. Wie stand hier in mancher Beziehung durch den plötzlichen Ausbruch der Feindseligkeiten überall worden, und wie es im Verlauf des Krieges mehr und mehr zur Notwendigkeit wurde, unser ganzes wirtschaftliches Leben den Forderungen des Krieges anzupassen, so wurde manche Umwandlung doch leichter vorstossen gegangen, manche Kräfte zu mildern oder zu vermeiden gewesen, wenn die wirtschaftliche Mobilisierung sich gewissermaßen ebenso nach leidenden Generalstabzonen hätte vollziehen können wie die militärische. Aber wie es im Frieden an einer für die wirtschaftliche Entwicklung zuständigen und leitenden staatlichen Instanz, etwa einem Reichswirtschaftsamt, schließe, so schließe es bei dem Ausbruch des Krieges auch an einem wirtschaftlichen Generalstab. Das hat sich momentan auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft in besonders fühlbarer Weise zu erkennen gegeben. Hier konnte eine ungerechtfertigte und zum Teil unsichere Preisstabilität entwischen, die die staatliche Autorität einer weiteren Entwicklung der Bevölkerung entgegenstellt. Aber alle Verordnungen, die auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft geschaffen wurden, sind Kriegsmaßnahmen, von denen die meisten nicht vorbedacht und vorbereitet waren, sondern erst aus der Notwendigkeit der Verhältnisse heraus geschaffen wurden. Genau ist uns auch hier unsere Organisationsfähigkeit und unser vorgebrachte Technik zu Hilfe gekommen, so daß es uns möglich war, uns den gegebenen Notwendigkeiten schnell anzupassen. Aber diese Notwendigkeiten waren vielleicht doch in mancher Beziehung weniger schnell in die Erscheinung getreten und weniger empfindlich fühlbar geworden, wenn unter Wirtschaftsleben, namentlich in bezug auf die Vorarbeitsbeschaffung, im allgemeinen besser auf den Kriegszustand eingerichtet gewesen wäre.

Gewerbswirtschaftliche Betrachtungen zur letzten Reichstagssitzung.

Die Vorgänge in den Reihen der sozialdemokratischen Fraktion in der letzten Tagung des Reichstags haben die Aufmerksamkeit der deutschen Arbeiter in noch höherem Grade auf das Reichstagsparlament gelenkt als in den früheren Bevölkerungssitzungen. Es war ein völlig ungewohntes und unerwünschtes Ereignis, daß bei großen bedeutenden Sitzungen eine Minderheit sich von der Mehrheit der Arbeitsteilung trennte und ein einzelner ganz nach persönlichen Einfällen und Neigungen handelte. Bisher launte die deutsche

Arbeiterhaft nur Geschlossenheit im Handeln, und diese war nie notwendiger als in unsfern Tagen.

Für die deutschen Arbeiter und ihre Organisationen steht zurzeit ungeheuer viel auf dem Spiel. Zwölfdrösig gilt es zu verhindern, daß das eigene Staatswesen gestört und zum Spielball der gegen Deutschland im Kriege liegenden Mächte wird. Unter Voranstellung dieses obersten Gebotes, von dem abgängig, erfrebt die Arbeiterschaft der deutschen Arbeitersbewegung abgängig, erfrebt die Arbeiterschaft einer baldigen Frieden, der den Grund legt zu einem dauernden verbindlichen Verhältniß der Staaten zueinander, der dem deutschen Volle die Möglichkeit wirtschaftlicher und kultureller Fortschreitung bietet, die insbesondere die ungehinderte Aufzucht der erforderlichen Rohstoffe und den ungehemmten Absatz des Produktes in allen Teilen der Welt gestattet. Nur auf dieser allgemeinen Grundlage wird ein erfolgreicher Kampf der deutschen Arbeiter für Verbesserung ihrer Lebensbedingungen möglich. Andererseits überwindet die Arbeiterschaft durch ihr Eintrreten für dieses Ziel eine Fülle von Vorurteilen und Hemmnissen, durch die früher die Arbeit ihrer Organisationen ungenügend erachtet wurde.

Man versteht uns nicht falsch: Wir haben nicht mit einer „Neuorientierung“ gerechnet, die uns in am p l o große Bösestelle bringt. Die Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit werden durch den Krieg nicht beseitigt. In den Kämpfen aber, die aus diesen Gegensätzen auch in der Zukunft entspringen, wird die Stellung der Arbeiter eine viel günstigere sein, wenn sie sich darauf stützen können, in dem großen Erstenkampf ihrer Nation ohne Zögern und Zweideutigkeit sich als ein unumstößliches Besitztum ihres Volkes bewährt zu haben. Die Erfahrung lehrt, daß die öffentliche Meinung in den großen Kämpfen ein nicht unbedeutlicher Faktor ist. Das durch den Kampfturz einer Arbeitersorganisation hervorgerufene moralische Echo kann, je nachdem, eine sehr große günstige oder ungünstige Wirkung ausüben.

Die Reichsregierung hat schon in einer früheren Tagung des Reichstags eine Neuordnung der inneren Politik nach einem einheitlichen Plan in Aussicht gestellt. Ein bundesstaatlich-gemeinsame Reformation vor Beendigung des Krieges lehnte sie ab. Trotzdem hat sie sich in der letzten Tagung zu einigen Zugeständnissen verstellen müssen, die prinzipielle Bedeutung haben. Das verlustreichefeld ist der uns befamte gegebene Bundesstaatsbeschluß, wonach das Reichsverfassungsgericht in der nächsten Tagung dahin abgelenkt werden soll, daß die Gewerkschaften nicht mehr als politische Vereine erklär werden können. Der Reichstag hatte im August 1915 mit großer Mehrheit einen Initiativebeschluss beschlossen, der eine Bestimmung in diesem Sinne enthielt und daneben den Sprachen- und den Jugenddienstparagraphen aufzob. Der Bundesrat vertrug diese Enthaltung seine Zustimmung, weil er die Entscheidung über die umstrittenen Fragen nicht während des Krieges treffen wollte. Nun aber hat sich der Bundesrat doch entschlossen, den Gewerkschaften noch während der Kriegszeit die nötigen Sicherungen gegen politische und gerichtliche Plakaturen zu gewähren. Es bleibt bedauerlich, daß nicht gleich alle freiheitswidrigen Bestimmungen des Vereinsgeistes aufgehoben werden. Aber wie wollen auch nicht übersehen, daß mit der Schlussbestimmung für die Gewerkschaften der Jugenddienstparagraph zugleich ausgeschöpft wird. Können die Gewerkschaften nicht mehr als politische Vereine erklärt werden, so steht dem Entwurf der Arbeiters unter 18 Jahren in die Gewerkschaften nichts mehr im Wege. Die Regierung hat einsehen müssen, daß es dem unangeflaften Einfluß machen und moralisch nicht gegen, sondern für die Gewerkschaften wirken würde, wenn diese trotz ihrer großen Leistungen in der Kriegszeit den autoritärerischen Eingriffen der Behörden ausgesetzt blieben.

Behörden ausgegliedert blieben.

Eine ähnliche Erkenntnis ist der Regierung aufgegangen bei Beratung der Frage, ob die Altersgrenze der Altersrenteier vom 70. auf das 65. Lebensjahr herabgesetzt werden sollte. In der Deutschheit, deren Vorlegung durch eine Freiheitsbestimmung der Reichsversicherungsordnung notwendig wurde, lehnte die Regierung die Herabsetzung der Altersgrenze ab. Da im Reichstag die Meinung der bürgerlichen Parteien der Herabsetzung zu widersetzen wagte, die von der Sozialdemokratie entschieden befürwortet wurde, mußte auch Staatssekretär Dr. Döblin eine Nachprüfung des Standpunktes der Regierung versprechen, von der man ein Urteil erwartete. Auch die Befreiung zahlreicher anderer Fragen der Sozialpolitik, die als Befandsteile des großen Problems der Verföllungswirtschaft an Bedeutung gewaltig gewonnen haben, fand im Reichstag ein günstigeres Echo als in früheren Jahren. Deutbarlich hat sich soviel ergeben, daß es bei fluger und geschickter Kampfführung der Arbeiters der Feinde der Sozialpolitik nicht gelingen wird, der Entwicklung eine strenge Auswirkung zu verleihen.

Und zeigt nicht auch die Wiedereraufstellung der preußischen Wahrheitsfrage durch die Thronrede, mit der der Landtag eröffnet wurde, daß die Arbeiterschaft an Gewicht im öffentlichen Leben gewonnen hat? Trotz der Demotik des Schlußgrabenabodes möchten die geschworenen Feinde des gleichen Rechts auch füchtig die Arbeiter als Wahlvölkern vertrachten. Die Regierung aber hat sich zu dem Wahlvölkern verpflichtet gegeben, den Willen des gesamtgeselligen Vertrauens lebendigen Ausdrucks zu verleihen in der Gestaltung der Grundlagen für die Verwaltung des Volkes". Das ist zunächst nur ein sehr allgemein gehaltenes Versprechen, aber es zunächst nur gemacht worden sein, wenn nicht die Stellung der Arbeiterschaft im öffentlichen Leben eine ähnliche angedornt wäre.

Sollen wir es nun zulassen, daß durch Sprengung unserer Meilen von ihnen heraus unsere Kampfstellung wieder geschwächt werde? Das darf nicht sein. Darum lehnen wir alle Seitensprünge derer, die sich einbilden, durch eine auf

eigene Faust betriebene Politik der Arbeiterschaft zu nützen, glatt ab. Wie wollen die ausführungsreiche Grundlage, die durch die Politik des 4. August nicht zuletzt auch den Gewerkschaften für ihre künftigen Kämpfe geschaffen ist, erhalten wissen, und verlangen von jedem, der im Namen der Arbeiter handelt, daß er die Geschlossenheit unserer Organisation wahr. Wie brauchen diese Geschlossenheit dringend in unserm

Wirtschaftliche Rundschau.

Einfluss der Konjunktur auf die Kartellierung. — Regelung des Biermarktes. — Reform der Fleischversorgung. — Ein neuer Zweig der Absatzverwertung.

Günstige Geschäftslage erwies sich noch immer als wichtigste Unterstützung von Kartellierungsbestrebungen. Vierfache die Möglichkeit, die Produktion glatt unterzubringen und Preiserhöhungen ohne Schwierigkeiten durchzuführen, so wird im allgemeinen die Neigung industrieller Unternehmungen zur Errichtung neuer oder zur Verlängerung bereits bestehender Kartelle und ähnlicher Organisationen stärker, als unter den gegenwärtigen Verhältnissen sein. Darüber ist es nicht zutreffend, die meisten Kartelle, wie es von den beteiligten Kreisen oft geschieht, als „Kinder des Kapital“ zu bezeichnen.

der Rö²" zu bezeichnen.
Während des Krieges ist aus naheliegenden Gründen mancher Artikelbeschaffung verlängert worden, dessen Fortführung in Friedenszeiten auf erheblich größere Schwierigkeiten geflossen wäre. Verlängert wurde in diesen Zeiten der Vertrag der Rö² d e t s c h e n W a g e n b a u - V e r- einigung bis zum 1. Januar 1915; jedoch sind auch Verhandlungen zur Verlängerung des Vertrages und be- deutlicher Waggonsfabrikanten, denen Vertragsdauer bis zum 31. Dezember 1916 läuft, geführt worden. Der Norddeutsche Waggonbau-Vereinigung ge- hören jene Waggonfabrikanten an, die den Vereinheiten und den Lieferungen der preußischen Reichsbahnverwaltung gehalten, es handelt sich dabei um 14 Fabriken, denen 69 Pro- zent der preußischen Güterwagenfahrt übertragen ist. Ent- fallen auf die auf Eisenbahnen verkehrenden Betriebe nur 21 Prozent, angefallen an die preußische Camionneur der Wago- nfabrik, ist im Laufe des Jahres neue Konkurrenz ent- standen, die bei anderen Bergbewegungen beträchtlich größere Preise stellt, um Läufzüge zu erlangen. Dieser Wert- betrieb nutzte auch die Mitglieder des Norddeutschen Waggonsfabrik-Vereinigung, entsprechende Konzessionen in ihren Öfferten zu machen; vor allem verhinderte sie die Konkurrenz bei privaten Lieferungen und Bestellungen des Auslands. Anfang 1914 wurde ein verstieilter Zusam- menföderung der Waggonsfabrikanten durch Errichtung des von ihnen erwählten Verbundes deutscher Waggonsfabrikanten unternommen, dem unter anderem auch bedeutende Mit- glieder der Norddeutschen Waggonbau-Vereinigung

Fortschritte hat in jüngster Zeit auch die Syndizierung auf den verschiedensten Gebieten der Textilindustrie gemacht. Die Herstellung von Besatzartikeln des Barmen-Elberfelder Produktionsgebietes, insbesondere von Bändern,

Kreislauf. Siehe, die im Bereich Subjektivierung und Verdrehung vorkommende Verfestigung sind, haben sich, wie die „Zugbildung“ mit dem Syndikat, zu einem festen Syndikat mit Werkstättverabredungen zusammengegeschlossen, um ihnen seit geheimer Zeit durch die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und durch die unbegrenzte Geschäftswelt zur Erfundung zu verhelfen. Dem Syndikat haben sich zum erstenmal auch die fälschlich den Herstellern angegeschlossenen, die bisher in ihrer Konkurrenz mit Waren handeln. Die Ergebnisse der Syndikatbildung werden streng gehemmt gegen die Wettbewerber. Ein Syndikat ist eine Art von geschwisterlichem Kartell- und Wettbewerbsverbündeten, beschlossen worden. Der Verein soll die ganze deutsche Wirtschaft unter sich umfassen und für die Interessen der Wiedereien bestreiten. Sehr erheblich fördert die Kreisgutwirtschaft den Zusammenschluss wirtschaftlicher Verbände und die Stärkung der verschiedenartigen Organisationen. Mit einer derartigen

zu wären. Das würde nicht helfen den Vorwand, um eine genaue Produktionsstatistik und exakte Rentabilitätsberechnungen zu verhindern, wieviel doch bei den Betrieben organisierten und am besten geleiteten Kartellen früher auch ohne diese Geheimhaltungsvereinübung die Geschäfte unter den Mäggierten Rechnungswissen nicht litten. Auf die gleichen Erfahrungen hat man die Gewerkschaften gleichfalls schreien lassen. Die Form der Gewerkschaftsbewegung darf demnach zur Organisation des Wettmarktes in Anwendung kommen; nach dem Vorbringen der Vorstände der Landwirtschaftskammer wird in Braunschweig ein entsprechender Entwurf ausgearbeitet. Es handelt sich um die Errichtung von Zieghändlervereinigungen für die verschiedenen Provinzen und die Geschäftsführung eines Zu-

gewisse Forderungen und die Herstellung eines gemeinschaftlichen Verbündes dieser Vereinigungen mit den landwirtschaftlichen Verbänden zur Regelung des Viehvertriebes. Zugleich soll die Bestimmung getroffen werden, daß der Viehhandel nur noch auf Schlußchein erlaubt ist, um eine genaue Kontrolle über die Gestaltung der Preise vom Ver-

lauf des Viehs durch den Produgenten bis zur Schlachtung zu gewinnen. Mit dieser Regelung des Viehmarktes wird eine Reform der Fleischversorgung eingeleitet, deren wirtschaftliche Bedeutung gar nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Beobachtigt ist ferner durch eine Art Zwangszulieferung der Fleischwaren — hoffentlich unter Mitwirkung und Führung der Gemeinden — eine eingeschränkte Ordnung in den Fleischwert hineingubenden

Einen wichtigen Zweig der Nährsalzverarbeitung nimmt die Altersliegenschaft für chemische Produkte vomal S. Scheidemandel auf. Der Gesellschaft ist es nach Meinung verschiedener Blätter gelungen, aus tierischen Fällen und ausgehend von Hefein in einen vollwertigen Eiweiß zu herstellen, den sie unter dem Namen Scheidemandel-Eiweiß in den Handel bringt. Die wissenschaftliche Ernährungsüberredet sind in den in Deutschland bestehenden Instituten abgeschlossen und sollen die gesuchte Ernährung gezeigt haben. Die Scheidemandel-Gesellschaft hat eine eigene Fabrikation für die Großverarbeitung dieses Erzeugnisses eben bereit und wird mit der Belehrung der Landwirthe sofort beginnen. Es schweifen Verhandlungen mit dem Reichsgauamt für Ernährung G. m. b. H. wegen Uebernahme der Produktion. Außerdem werden die landwirtschaftlichen Beauftragten das Erzeugnis in den Besitz bringen. Der Preis für den Verbraucher soll nach weiteren Angabe 15-17 pf. pro Stück betragen.

Berlin, 18. Januar 1916. Julius Kalisli.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Ergebnis der Feststellung vom 17. Januar

Nach dem aus sämtlichen Bezirken eingegangenen Bericht bestehen noch 853 Zweigvereine. Seit der letzten Berichtswoche haben also wieder 3 Zweigvereine ihre Tätigkeit eingestellt. Berichtet haben 833 Zweigvereine mit 89 660 Mitgliedern. Die Zahl derjenigen Zweigvereine, die berichtet haben, ist um 5 die Zahl der erfassten Mitglieder um 2152 geringer als in der Vorwoche. In dem Rückgang der Mitgliedszahl sind alte Vereine beteiligt.

Arbeitslos wurden gemeldet 39,31 Mitglieder = 3,69 p3t.
der Gesamtmitgliedschaft. Es sind demnach nur 19 Mitglieder weniger arbeitslos gewesen als in der Vorwoche. Das Projekt "Brot für alle" ist sogar um 0,08 p3t. gefilzt.
Im Bezirk Münsterland, Frankfurt, Köln, Hannover und Bremen läuft das Vergleichsverhältnis gut. Doch dann folgen Kreise 1 (wohlige 1,01), Dortmund, Erfurt 3,0 (2,7), Leipzig 3,1 (2,9), Berlin 3,7 (3,5), Dresden 4,8 (4,6), Strelitzburg 5,0 (6,3), Stuttgart 6,1 (6,9), Nürnberg 5,7 (7,4), Breslau 9,5 (9,4), Rostock 9,8 (9,3), Königsberg 11,7 (12,8), Stettin 12,4 (12,1) und Bromberg 15,7 (12,8) p3t. (Die eingeklammerten Zahlen sind die Vergleichszahlen aus der vorherangegangenen Periode.)

der vorausgegangen Berichtswoche.)			
Bezirk	Zahl der Bewig- gungs- vereine	In den berichtenden Gesetzgebungsvereinen	
		Davon haben berechtigt	betrag die Mitgliedsbeiträge am Schluß der abgelaufenen Woche

Bezirk	Zahl der Spiel- vereine	Davon haben berichtet	In den berichtenden Spielvereinen	
			Selbst die Spielvereine am Schluß der abgeschlossenen Woche	erstellten in der Wochenzählung Wieder- kehrstellen- unterstützung
1. Augsburg	20	20	1817	—
2. Bremberg	88	86	1505	—
3. Cottbus	60	59	1721	—
4. Breslau	59	59	3007	—
5. Berlin	88	83	8668	—
6. Magdeburg	92	92	6559	—
7. Erfurt	43	43	2767	—
8. Frankfurt	15	15	5878	—
9. Köln	15	15	3415	—
10. Dortmund	18	18	2991	—
11. Hannover	46	46	3386	—
12. Bremen	31	31	3944	—
13. Hamburg	74	74	5665	—
14. Rostock	63	63	1887	—
15. Dresden	17	16	8741	—
16. Leipzig	82	81	10224	—
17. Altenburg	25	24	2596	—
18. München	88	84	3404	—
19. Stuttgart	9	9	1272	—
20. Karlsruhe	16	16	2427	—
21. Straßburg	11	7	336	—

In den berichtenden Zweigvereinen waren am Feststellungstage arbeitslos:

Weg/r	Wander-	Gefä-	Ge- wesen	Grund- gruppe	Ziffern- teger	Sla- mmer	Qua- lität
	zeit	reise	gruppe	gruppe	ziffer	ziffer	ge- gen- gebaut
1. Königberg z. Bromberg	190	92	—	—	—	—	912
2. Stettin	212	23	—	—	—	—	287
3. Berlin	188	30	—	—	—	—	214
4. Dresden	382	32	—	—	—	—	370
5. Erfurt	179	38	—	—	—	—	314
6. Magdeburg	26	3	—	—	—	—	31
7. Frankfurt	74	5	—	—	—	—	46
8. Bonn	19	14	—	—	—	—	46
9. Köln	7	2	—	—	—	—	31
10. Dortmund	29	2	—	—	—	—	31
11. Hannover	21	4	—	—	—	—	27
12. Bremen	13	3	—	—	—	—	15
13. Hamburg	72	14	—	—	—	—	106
14. Roskow	170	16	—	—	—	—	188
15. Dresden	334	81	1	3	—	—	420
16. Leipzig	265	47	—	4	4	—	313
17. Nürnberg	113	28	—	28	—	—	95
18. München	73	20	—	9	—	—	16
19. Stuttgart	24	8	—	46	—	—	75
20. Karlsruhe	18	3	—	—	—	—	26
21. Straßburg	6	4	—	—	—	—	1

Zusammen ... | 2359 | 397 | 12 | 221 | 37 | 2 | 10 | 3031

